



«Empfängerhinweis»

Nr: 378

München, 15. November 2011

Bericht aus der Kabinettsitzung:

- 1. Innenminister Herrmann: „Ermittlungen zu sogenannten Döner-Morden laufen weiter auf Hochtouren / Besondere Aufbauorganisation 'Bosporus' auf 30 Beamte aufgestockt / Weiterhin konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremismus in Bayern / Unterstellungen von SPD-Chef Pronold unverschämt“ / Zeil und Herrmann: „Neuerliches NPD-Verbotsverfahren intensiv prüfen“ (Seite 2)**
- 2. Kultusminister Ludwig Spaenle berichtet über Erfolge des Gesamtkonzepts zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund (Seite 4)**
- 3. Finanzierungsabkommen für die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung / Wissenschaftsminister Heubisch: „Herausragender Gewinn für den Freistaat: Rund 108 Millionen Euro der bis 2015 bereitgestellten Bundesmittel in Höhe von etwa 700 Millionen Euro fließen nach Bayern“ (Seite 6)**
- 4. Kabinettsentsendet Staatskanzleichef Thomas Kreuzer als Vertreter der Staatsregierung in den Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (Seite 7)**
- 5. Zwei Spitzenpositionen in Bayerischer Staatsverwaltung neu besetzt (Seite 8)**

./.

1. Innenminister Herrmann: „Ermittlungen zu sogenannten Döner-Morden laufen weiter auf Hochtouren / Besondere Aufbauorganisation 'Bosporus' auf 30 Beamte aufgestockt / Weiterhin konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremismus in Bayern / Unterstellungen von SPD-Chef Pronold unverschämt“ / Zeil und Herrmann: „Neuerliches NPD-Verbotsverfahren intensiv prüfen“

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat heute im Ministerrat zum aktuellen Ermittlungsstand im Zusammenhang mit den sogenannten Döner-Morden berichtet. Herrmann: „Die Ermittlungen laufen weiter auf Hochtouren. Die bayerische Ermittlungsgruppe, die besondere Aufbauorganisation 'Bosporus', arbeitet gemeinsam mit dem Landeskriminalamt mit Hochdruck an der Aufdeckung von Hintergründen und Komplizen. Die Ermittlungen erfolgen in enger Abstimmung und Absprache mit dem Bundeskriminalamt und den Polizeibehörden der anderen betroffenen Bundesländer. Wir überprüfen erneut alle unaufgeklärten Verbrechen, für die sich bislang kein schlüssiges Tatmotiv finden ließ und rechtsextremistische Motive denkbar sind.“

Der Verfassungsschutz in Bayern sei bislang gegen Rechtsextremisten immer unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten in enger Abstimmung mit der Polizei vorgegangen. Als Beispiel nannte der Innenminister die Zerschlagung der Skinhead-Szene in München 1999. Auch der geplante Anschlag auf die Jüdische Synagoge in München im Jahr 2003 konnte so verhindert werden. Herrmann: „Darüber hinaus haben wir in den letzten 20 Jahren mit der Fränkischen Aktionsfront, mit den Skinheads Allgäu und dem Nationalen Block drei rechtsextreme Gruppierungen in Bayern verboten.“ Im Bund seien unter maßgeblicher Beteiligung Bayerns zehn Verbote in diesem Zeitraum ausgesprochen worden. Entsprechende Klagen dagegen seien immer erfolglos gewesen. Herrmann: „Was gegen rechtsextremistische Organisationen und Gruppierungen möglich ist, muss im Ergebnis auch gegen eine

Partei wie die NPD möglich sein. Es darf nicht sein, dass man gegen eine rechtsextremistische Partei wie die NPD nur deshalb nicht vorgehen kann, weil sie eine Partei ist und deshalb von der Verfassung besonders geschützt wird.“ Wirtschaftsminister Martin Zeil und Innenminister Joachim Herrmann: „Natürlich darf die aktuelle Debatte nicht auf ein NPD-Verbot verengt werden. Auf Basis des Landtagsbeschlusses von Anfang des Jahres 2011 werden wir aber die Einleitung eines Verbotsverfahrens erneut intensiv prüfen. Dabei sind in Bezug auf die Tätigkeit des Verfassungsschutzes die Voraussetzungen zu schaffen, dass ein solches Verfahren nicht erneut scheitert.“

Der Innenminister bezeichnete die Unterstellungen von SPD-Chef Florian Pronold, die Staatsregierung verharmlose rechtsextreme Gefahren als haltlos, falsch und unverschämt. Herrmann verwies auf das breite Maßnahmenpaket der Bayerischen Staatsregierung gegen Rechtsextremismus. „Wir haben in Aktionsprogrammen in den Jahren 2000 und 2009 unseren Kampf gegen den Rechtsextremismus intensiviert. Und dieser Kampf wird konsequent fortgesetzt, auch wenn die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten seit vielen Jahren auf einem im Vergleich zu anderen Bundesländern niedrigen Niveau ist. Sie schwankten in Bayern zwischen 2006 und 2010 zwischen 47 und 82 Gewalttaten. Die Zahl der Rechtsextremisten hat sich in Bayern von 2006 von knapp mehr als 5000 auf nunmehr 2600 Personen reduziert.“ Verfassungsschutz und Polizei, so der Innenminister, hätten auch einen rechtsextremistischen Hintergrund bei den sogenannten Döner-Morden sorgfältig geprüft. So wurden infolge der Mordserie auch im bayerischen Raum unter anderem in den Jahren zwischen 2006 und 2008 in etwa 1000 bis 1200 Datensätze nicht organisierter Rechtsextremisten von Polizei und Verfassungsschutz geprüft. Konkrete Hinweise auf rechtsextremistische Bezüge hatten sich vor der Entdeckung von Tatwaffen und Tätern aber nicht ergeben.

2. Kultusminister Ludwig Spaenle berichtet über Erfolge des Gesamtkonzepts zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund

Kultusminister Dr Ludwig Spaenle hat heute dem Kabinett über den Stand der Umsetzung des Gesamtkonzepts zur schulischen Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund berichtet. Kultusminister Dr. Spaenle über die Ziele des Konzepts: „Auf der Basis eines Gesamtkonzepts zur schulischen Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund möchte ich die Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit weiter verbessern. Die Schulen haben gemeinsam mit dem Kultusministerium große Anstrengungen unternommen, um Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund bei der Integration zu unterstützen. Gerade in der Sprachförderung haben wir bereits vieles auf den Weg gebracht. Diesen Weg werden wir konsequent weiter fortsetzen.“

Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Integration und zum schulischen Erfolg. Aus diesem Grund liegen die Schwerpunkte des Gesamtkonzepts auf der Förderung der jungen Zuwanderer in der deutschen Sprache, und zwar in allen Schularten:

- Kindergärten und Grundschulen bieten auf Basis der verbindlichen Sprachstandsdiagnose Vorkurse in Deutsch an. Im Umfang von 240 Stunden werden Kinder in der deutschen Sprache gefördert. Schülerinnen und Schüler, die größere Sprachdefizite aufweisen, werden derzeit an Grund- und Haupt-/Mittelschulen in 463 Deutschförderklassen (Vorjahr 446) intensiv in der deutschen Sprache gefördert.
- In 5.913 Kursen (Vorjahr 5.412 Kurse) werden Schülerinnen und Schüler mit leichteren Mängeln in der deutschen Sprache begleitend zum Unterricht in Grund- und Haupt-/Mittelschulen sprachlich unterstützt.

- An allen weiterführenden Schulen wird das Deutschförderangebot ausgebaut, damit die jungen Menschen mit Migrationshintergrund gute Chancen für eine anschließende berufliche oder schulische Ausbildung haben.
- Im Berufsintegrationsjahr wird die sprachliche Entwicklung junger Menschen mit Migrationshintergrund weiter gefördert. Sie haben hier die Gelegenheit, nachträglich den Hauptschulabschluss zu erwerben. 63 Klassen des Berufsintegrationsjahres sollen aufgebaut werden, bisher waren es 35.

Erste Erfolge konnten bereits verbucht werden: 90 % der in Vorkursen geförderten Kinder konnten bei Schuleintritt den regulären Grundschulunterricht besuchen, davon 33,5% ohne zusätzliche Sprachförderung (Vorjahr 31%).

Kultusminister Spaenle betonte auch die Eigenverantwortung der Eltern: „Eltern und Schule müssen im Schulterschluss zusammenarbeiten – nur so kann Integration gelingen!“

Weitere Bestandteile des Gesamtkonzept sind:

- Der Ausbau der individuellen Förderung junger Menschen aus Zuwandererfamilien. Dazu wurden Klassen an Grund- und Haupt-/Mittelschulen, bei denen der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund über der Hälfte liegt, generell auf maximal 25 Schülerinnen und Schüler begrenzt. Dafür wurden 411 Lehrerstellen zur Bildung von über 400 zusätzlichen Klassen Verfügung gestellt.
- Das Stipendienprogramm „Talent im Land“, mit dem begabte junge Menschen mit Migrationshintergrund ideell und materiell gefördert werden.
- Der Aufbau interkultureller Kompetenzen bei Lehrkräften und Schülerschaft, u.a. durch Lehreraus- und –fortbildung. Dazu wurden die Möglichkeiten zu einem Studium des Fachs „Deutsch

als Fremdsprache“ für alle Lehramtsanwärter für Grund- sowie Haupt-/Mittelschulen erweitert und seit dem vergangenen Schuljahr ein verpflichtender Ausbildungstag zu diesem Themenfeld in der zweiten Ausbildungsphase eingeführt.

- Die Förderung der Beteiligung der Migrantenfamilien am Schulleben, etwa durch stärkere Einbindung von Müttern und Vätern aus Zuwandererfamilien in die Elternarbeit.
- Das Angebot des Islamischen Unterrichts als staatliches Lehrfach und unter staatlicher Verantwortung auf der Basis der bundesdeutschen und bayerischen Rechtsordnung an rund 250 Schulen im Rahmen eines Modellversuchs.
- Die Verankerung des Interkulturellen Fachberaters an Grund- und Haupt-/Mittelschulen sowie das
- Netzwerk von Lehrern mit Migrationsgeschichte „LeMi“.

„All diese Beispiele zeigen: Wir werden unsere Anstrengungen, die jungen Menschen mit Migrationshintergrund bei der Integration zu begleiten, weiter fortsetzen. Nur so können sie mit dem entsprechenden eigenen Willen und Engagement in unsere Gesellschaft hineinwachsen“, schloss Minister Spaenle.

3. Finanzierungsabkommen für die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung / Wissenschaftsminister Heubisch: „Herausragender Gewinn für den Freistaat: Rund 108 Millionen Euro der bis 2015 bereitgestellten Bundesmittel in Höhe von etwa 700 Millionen Euro fließen nach Bayern“

Der Ministerrat hat Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch ermächtigt, die Finanzierungsabkommen für die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung zu unterzeichnen. An allen sechs Zentren, die die Gesundheitsforschung in den Themenfeldern Krebs, Diabetes, Infektionen, Demenz sowie Lungen- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen nachhaltig stärken sollen, sind bayerische Partner beteiligt. Heubisch:

„Der große Erfolg in den Auswahlverfahren belegt das hohe Niveau der bayerischen Universitätsmedizin. Mit der Beteiligung an den Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung wird ein essentieller und international sichtbarer Beitrag zur Stärkung des Forschungsstandorts Bayern geleistet.“

Um die Gesundheitsforschung im Bereich der genannten Volkskrankheiten zu fördern, hat die Bundesregierung einen Aktionsplan zum Aufbau der sechs Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung erarbeitet. Der Aktionsplan zielt darauf ab, Universitäten und Universitätsklinika mit der Helmholtz-Gemeinschaft zu vernetzen und so die klinische Forschung mit der Grundlagenforschung zu verzahnen. Für die Finanzierung der Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung stellt der Bund bis zum Jahr 2015 etwa 700 Millionen Euro zur Verfügung. Rund 108 Millionen Euro dieser Bundesmittel fließen nach Bayern. Dem steht ein bayerischer Finanzierungsanteil von etwa 11 Millionen Euro bis zum Jahr 2015 gegenüber.

4. Kabinett entsendet Staatskanzleichef Thomas Kreuzer als Vertreter der Staatsregierung in den Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien

Das Kabinett hat heute beschlossen, Staatsminister Thomas Kreuzer als Vertreter der Staatsregierung in den Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) zu entsenden. Kreuzer war in der vergangenen Woche zum Staatskanzleichef ernannt worden. Infolge seiner Ernennung zum Umweltminister hat der bisherige Leiter der Staatskanzlei Dr. Marcel Huber sein Amt im Medienrat der BLM niedergelegt.

5. Zwei Spitzenpositionen in Bayerischer Staatsverwaltung neu besetzt

Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung über die Neubesetzung von zwei Spitzenpositionen der Bayerischen Staatsverwaltung beraten und entschieden.

Neuer Amtschef des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit wird ab 21. November 2011 Dr. Christian Barth (bisher Leiter der Abteilung „Richtlinien der Politik“ in der Staatskanzlei).

Dr. Thomas Gruber übernimmt zum 1. Dezember 2011 die Leitung der Vertretung des Freistaats Bayern beim Bund in Berlin.

gez.

Rainer Riedl
Pressesprecher der Bayerischen Staatskanzlei++++